

A6 NEU7

Miteinander in Ansbach

Initiator*innen: Erwin Gleiß & Michael Hinze (Ansbach KV)

Titel: Bauen und Wohnen

Text

1 Wohnungen sind auch in Ansbach knapp. Kleine, mit den öffentlichen Nahverkehr gut
2 angebundene oder zentral gelegene Wohnungen, sowohl für junge Leute als auch für Senior*innen sind Mangelware geworden. Größere Wohnungen für Familien werden
3 immer weniger bezahlbar, denn die Knappheit an Wohnraum sowie dessen
4 Privatisierung bringt einen erheblichen Preisanstieg mit sich. Kleine Betriebe
5 und Kulturschaffende können sich die Kosten für ihre Arbeitsräume nur noch
6 schwer leisten. Geeigneter und bezahlbarer Wohnraum in innerstädtischen Bereich
7 ist kaum noch vorhanden und führt zu Verdrängung.
8

9 Der Umfang von Neubau und Leerstand, die Mietentwicklung, die Aufwertung von
10 Wohnvierteln, die Verkehrsanbindung die Nutzung öffentlicher Flächen, all das
11 ist nach wie vor von der Kommunalpolitik beeinflussbar. Wir GRÜNEN setzen uns
12 deswegen für die Entwicklung einer städtischen, urbanen und sozialen
13 Wohnungspolitik in Ansbach ein.

14 Als Grundlage für eine soziale zielgerichtete Wohnungspolitik ist es notwendig
15 eine Arbeitsgemeinschaft für Wohnungsbaupolitik zu gründen. In dieser AG sollten
16 u. a. Vertreter der Komune, Wohnungsbaugenossenschaften,
17 Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften , Haus- und
18 Grundbesitzervereine und regionale Bau-und Immobilienunternehmenvertreten sein.
19 Auf der anderen Seite sollten noch kirchliche und caritative Organisationen bzw.
20 Vereine vertreten sein.

21 Um eine zielgerichtete Bedarfsplanung für den Wohnungsbau zu ermöglichen, bedarf
22 es der Einführung eines Wohnungs- und Leerstandskataster.

23 Wie setzen uns für einen Grundsatzbeschluss ein, in dem Baulandpolitische
24 Grundsätze festgeschrieben werden. Darin sind Natur- Landschafts- und
25 Klimaschutz zu berücksichtigen. Um den Flächenverbrauch möglichst gering zu
26 halten, muss vorhandener Raum genutzt werden, indem man Gebäudeaufstockungen und
27 Geschosswohnungsbau den Vorrang gibt. Die Flächenbutzungspläne müssen auf
28 Grundlage des Integrierten-Stadt-Entwicklungs-Konzept (ISEK) angepasst und
29 fortgeschrieben werden.

30 Wir setzen uns für offene, bürgerorientierte, demokratische Bauleitplanverfahren
31 ein, dazu wollen wir, dass beim ersten Planentwurf, mehrere Alternativen zur
32 Debatte gestellt werden. Alle Pläne sollen auch für Laien verständlich sein. Wir
33 wollen, dass künftig Gestaltungspläne Bestandteil der Bauleitplanverfahren
34 werden.

35 Es bedarf zunehmend an geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, für Familien,
36 Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte, junge und ältere Menschen.
37 Bauherren sollen aus diesem Grund bei der Schaffung von Sozialwohnungen
38 unterstützt und gefördert werden.

39 Um die Bedürfnisse der Generationen abzudecken, bedarf es einer Mischung
40 unterschiedlicher Wohnungsgrößen in Mehrfamilienhäusern. Hierbei sollten soziale
41 Komponenten Berücksichtigung finden, wie zum Beispiel Barrierefreiheit,
42 Sozialräume zur nachbarschaftlichen Begegnung, Spielflächen u.a. Dabei können
43 neue Formen des gemeinschaftsorientierten Wohnens, wie zum Beispiel
44 generationsübergreifendes Wohnen, Wohngemeinschaften Alleinlebender,
45 Genossenschaftliche Wohnformen und neue Angebote für Familien entstehen.

46 Bei Neubauten in der Stadt Ansbach muss zukünftig darauf geachtet werden, dass
47 Platz und ein einfacher Zugang zum klimafreudlichen Verkehrsmittel Fahrrad, aber
48 auch zu Kinderwagen möglich ist. Deshalb fordern wir - je nach Wohnungsgröße -
49 pro Wohnung zwei wettergeschützte Stellplätze für Fahrräder die eine wirksame
50 Diebstahlsicherung ermöglichen. Die Stellplatzsatzung schliesst zukünftig
51 Fahrräder ein und wird dementsprechend reformiert.

52 Um den Neubau und Erwerb von städtischen Wohnungen durch die neu gegründete
53 städtische Wohnungsbaugesellschaft STADTBAU voran zutrieben muss diese zeitnah
54 ausreichend finanziell ausgestattet werden.

55
56 Wir GRÜNEN setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Ansbacher Quartiere
57 ein, dafür setzen wir künftig auf die "Konzeptvergabe von Baugrundstücken" auch
58 als Tübinger Modell bekannt.

59 Durch den Besitz von städtischen Wohnungen kann z. B. verhindert werden, dass
60 Menschen, die in eine Notlage geraten sind und obdachlos wurden, auf der Straße
61 leben müssen.

62 Wir GRÜNE setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, die sowohl im Bauen,
63 als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch zukunftsweisend ist. Dazu gehört
64 auch die Berücksichtigung von Ladestationen für alle Arten von Elektrofahrzeugen

65 Parkplatzsituation in Wohnbereichen. Autos müssen nicht unbedingt vor den
66 einzelnen Wohnhäusern parken. Tiefgaragen und kleine Parkhäuser, die zwar
67 Baukosten erhöhen minimieren den Flächenverbrauch und können für Grün Freiraum
68 schaffen.

69 Wir setzen uns dafür ein, dass in die Bauleitplanung Dach- und
70 Fassadenbegrünung, Ladestationen für E-Mobilität Eingang finden.